

14.2 Soziale Ungleichheit in der Beschäftigungssituation während der frühen Phase der Coronakrise

Annelies G. Blom, Katja Möhring
Universität Mannheim

WZB/SOEP

Nach dem Ausbruch des SARS-CoV-2-Virus zu Beginn des Jahres 2020 wurde am 28. Februar entsprechend dem Pandemieplan des Bundes ein gemeinsamer Krisenstab des Bundesgesundheitsministeriums und Bundesinnenministeriums eingesetzt, der sich ab dem 3. März zweimal die Woche traf. Zu diesem Zeitpunkt wählte so mancher den Aufbau eines Krisenstabs als reine Vorsichtsmaßnahme für den Fall, dass sich das Virus auch in Deutschland flächendeckend etablieren sollte. Aber spätestens ab dem 16. März, als von der Bundesregierung und den Regierungschefinnen und -chefs der Bundesländer gemeinsam sukzessive weitreichende Entscheidungen getroffen wurden, die tief in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger eingriffen, war deutlich, dass sich Deutschland bereits mitten im Umbruch befand. Innerhalb kurzer Zeit wurden Großveranstaltungen verboten, öffentliche Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten geschlossen, Auflagen für und Schließungen von Bars, Restaurants, Geschäften, Sportstätten sowie anderen Betrieben angeordnet und sogar die Grenzen zu unseren Nachbarländern der Europäischen Union geschlossen. Deutschland befand sich im Ausnahmezustand.

Ebenfalls im Ausnahmezustand war die Wissenschaft, die mit einer für sie ganz neuen Situation konfrontiert wurde: Entscheidungsträgerinnen und -träger in Wirtschaft und Politik benötigten dringend wissenschaftliche Erkenntnisse, und zwar nicht, wie gewohnt, nach jahrelanger sorgfältiger Forschung und Diskussion, sondern unmittelbar, innerhalb weniger Tage. Dieser wissenschaftliche Druck traf insbesondere die Virologie und Epidemiologie, deren Erkenntnisse die medizinische Bekämpfung des Virus voranbringen und die Verbreitung von SARS-CoV-2 eindämmen sollten. Aber auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften standen schlagartig im Licht der Aufmerksamkeit. Denn welche Konsequenzen würden die getroffenen Maßnahmen kurz- und langfristig für die Menschen und das Zusammen-

leben in Deutschland haben? Neben dem Druck, zeitnah wissenschaftliche Erkenntnisse zu liefern, bedeutete die neue Situation aber auch, dass Informationen zu den Auswirkungen von Corona auf die Gesellschaft im Nachhinein nicht mehr rekonstruierbar wären, wenn sie nicht sofort und regelmäßig erhoben würden.

Belastbare Erkenntnisse in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beruhen oft auf statistischen Auswertungen amtlicher oder wissenschaftlicher Datenerhebungen, deren Verfahren nicht derart kurzfristig einsetzbar sind. Den Erhebungen der amtlichen Statistik liegen vorwiegend mehrstufige Meldeverfahren zugrunde, bei denen Menschen an verschiedenen Stellen Informationen ein- und weitergeben müssen. Während Statistiken aus diesen Meldeverfahren sehr genau sind, wird eine schnelle und konsistente Berichterstattung durch die vielen Schnittstellen erschwert. Wissenschaftliche Datenerhebungen hingegen beruhen meist auf Umfragen mit Personenstichproben. Damit die entsprechenden Statistiken allerdings aussagekräftig für die allgemeine Bevölkerung sind, muss eine Zufallsstichprobe eben dieser Population gezogen werden, ein Prozess, der je nach Verfahren und Stichprobengröße mehrere Monate bis zu einem Jahr in Anspruch nehmen kann. Hinzu kommt für viele etablierte Großerhebungen eine mehrmonatige Feldarbeitszeit mit persönlich-mündlichen Interviews in Haushalten vor Ort. Zudem verlangte in diesem Fall die Situation nach Vergleichswerten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ausgangslage vor der Coronakrise, denn nur so lässt sich feststellen, was eine durch Corona bedingte Ausnahme und was die Regel ist.

In den Medien und vermehrt auch in der Wissenschaft liest man zwar regelmäßig die Ergebnisse schnellerer Studien, die behaupten die allgemeine Bevölkerung »repräsentativ« abzubilden, allerdings basieren diese meist auf kommerziellen Online-Befragten-Pools, die eine Selbstselektion der Teilnehmenden erlau-

ben und dadurch internetaffine, hoch gebildete Personen mittleren Alters erwiesenermaßen deutlich überrepräsentieren und somit die Bevölkerung durch die fehlende Zufallsstichprobe der Grundgesamtheit auch in anderen Merkmalen nicht akkurat abbilden. In ruhigeren Zeiten führen Schätzungen anhand dieser selektiven Online-Befragten-Pools lediglich zu Kritik an den Methoden. Während einer Krise sind solche fehlerleitenden Schätzungen allerdings besonders gefährlich, wenn Entscheidungsträgerinnen und -träger ihre Maßnahmen danach ausrichten. Die Coronakrise hat ein Dilemma offenbart, nach dem verlässliche Bevölkerungsdaten überwiegend nicht in der notwendigen Schnelligkeit und Häufigkeit vorliegen, während uns schnelle unzuverlässige Daten überfluten, in einer Zeit, in der wissenschaftliche Evidenz dringend benötigt wird.

In dieser Situation entschied sich am 16. März 2020 ein Team an der Universität Mannheim, die Mannheimer Corona-Studie (MCS) – eine tägliche Datenerhebung basierend auf der Zufallsstichprobe, der Infrastruktur und den langfristig erhobenen Paneldaten des German Internet Panels (GIP) – ins Leben zu rufen, um so den wissenschaftlichen Zwiespalt zwischen verlässlichen Längsschnittdaten der Bevölkerung und schneller, häufiger Datenerhebung zeitnah zu überbrücken. Über 16 Wochen, vom 20. März bis zum 10. Juli 2020, erhob die Mannheimer Corona-Studie täglich wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Individualdaten dazu, wie die Coronakrise das Leben der Menschen in Deutschland veränderte. Die Erkenntnisse der Studie wurden prominent durch die Medien aufgegriffen und im Krisenstab, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesinnenministerium angehörigen Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) genutzt (siehe auch Kapitel 14.3, Seite 484).

In diesem Kapitel werden die MCS-Daten verknüpft mit den langfristigen GIP-Daten analysiert, um auf diese Weise die sich verändernde Beschäftigungssitu-

► Info 1

Datenbasis

Die Grundlage der Mannheimer Corona-Studie (MCS) bildet das **German Internet Panel (GIP)**, eine langjährige, online durchgeführte wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Befragungsstudie, die auf einer Zufallsstichprobe der allgemeinen Erwachsenenbevölkerung in Deutschland basiert. Zur Zeit ihrer Aufnahme in die GIP-Langzeitstudie sind die Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer zwischen 16 und 75 Jahre alt. Bislang fanden für das GIP drei Rekrutierungsrunden statt: 2012, 2014 und 2018. Die ersten beiden Stichproben wurden über ein dreistufiges ADM-Verfahren mit lückenloser Auflistung der ersten 200 Klingelschilder entlang der Random-Route der gezogenen Startadressen erstellt. Aus den gelisteten Adressen wurden Haushalte zufällig gezogen und über ein erstes persönlich-mündliches Interview kontaktiert. Alle Haushaltsmitglieder im teilnahmeberechtigten Alter wurden daraufhin zur Onlinestudie eingeladen. Personen, die in Haushalten ohne Computer- und/oder Internetzugang lebten, wurden für die Studienteilnahme mit benutzerfreundlichen Geräten ausgestattet und persönlich unterstützt. 2018 wurde das Stichprobenverfahren des GIP angepasst und das ADM-Verfahren durch eine zweistufige Einwohnermeldeamtsstichprobe der Städte und Gemeinden ersetzt. Gezogene Personen wurden per Brief (ein eventuell einem ersten postalischen Fragebogen) angeschrieben und zur Onlinestudie eingeladen.

Nach der Rekrutierung wurden die neuen Stichproben mit der ersten 2012er-Stichprobe gepoolt und ab diesem Zeitpunkt immer gemeinsam befragt. Jeden zweiten Monat werden alle GIP-Mitglieder zu einer 20- bis 25-minütigen Onlinebefragung zu verschiedenen soziologischen, politischen und ökonomischen Themen eingeladen. Die Wiederbefragungsrate liegt im GIP vergleichsweise hoch. So nahmen im Jahr 2019 durchschnittlich 62,1 % aller ursprünglichen Panelteilnehmerinnen und -teilnehmer der drei Rekrutierungsrunden an den zweimonatlichen Befragungen teil.

Der GIP-Studie liegt eine etablierte Panel-Infrastruktur zugrunde. Diese war unabdingbar bei der erfolgreichen schnellen Umstellung auf die MCS-Erhebungen. Die dabei wichtigsten Aspekte waren die rasche Verfügbarkeit zusätzlicher finanzieller Mittel und die entsprechenden innerinstitutionellen Verwaltungsstrukturen, bereits größtenteils automatisierte Datenaustausch- und Datenverarbeitungsprozesse und vor allem ein eingespieltes, engagiertes Operations- und Forschungsteam, das den Mehraufwand der zusätzlichen, kurzfristigen Erhebungen mittrug.

Für die **Mannheimer Corona-Studie (MCS)** wurde die Stichprobe des GIP in zufällige Substichproben unterteilt, die jeweils einem spezifischen Wochentag zugeordnet wurden. An jedem Wochentag erhielt eine der Substichproben per E-Mail eine Einladung zur Tagesstudie. Die angeschriebenen GIP-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer hatten dann 48 Stunden Zeit, sich an der Tagesstudie zu beteiligen. Nach einer Woche wurden die gleichen Personen am gleichen Wochentag wiederbefragt. So wurden jede Woche in etwa 3 600 Personen befragt. Die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer waren im Alter von 18 bis 83 Jahren.

Die Studieninhalte der MCS deckten zentrale Fragestellungen in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft sowie Gesundheit und Gesundheitsverhalten ab. Um Sorge zu tragen, dass die Erkenntnisse der Studie die gesellschaftliche Lage möglichst exakt widerspiegeln, wurden in einem zweistufigen Verfahren detaillierte Gewichte berechnet.

Diese Methodik erlaubte der MCS, taggenau gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland auszuwerten und zu beobachten. Um die interessierte Öffentlichkeit sowie Entscheidungsträgerinnen und -träger zeitnah über die sich verändernden Gegebenheiten zu informieren, erstellte das Team der MCS jeden Werktag einen Tagesbericht mit einer Fortschreibung der Auswertungen, der online zur Weiternutzung frei zur Verfügung gestellt wurde.

Die Studie wurde finanziell und ideell durch den DFG-Sonderforschungsbereich 884 »Politische Ökonomie von Reformen« (139943784) und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (FIS.00.00185.20) unterstützt.

ation der Erwerbstätigen in Deutschland während der frühen Phase der Coronakrise zu skizzieren. Insbesondere werden Geschlechter-, Bildungs- und Einkommensunterschiede beleuchtet, vor allem in Bezug auf die Betroffenheit von Kurzarbeit und die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten. ► Info 1

14.2.1 Veränderte Beschäftigungssituationen in der frühen Phase der Coronakrise

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse der Studie zur Entwicklung verschiedener Indikatoren der sozialen Ungleichheit in der Erwerbstätigkeit während der frühen Phase der Coronakrise in Deutsch-

land präsentiert. Die berichteten Erkenntnisse beziehen sich auf die erste Welle der Coronapandemie in Deutschland und reichen von Mitte März, kurz nach Implementierung der ersten Eindämmungsmaßnahmen, bis Anfang Juli 2020, die Zeit der Lockerungen und des zwischenzeitlichen Abflauens der Epidemie. Die entsprechenden Daten wurden wiederholt bei denselben Personen erhoben, sodass sie tatsächliche individuelle Situations- und Verhaltensänderungen widerspiegeln.

Die Erwerbstätigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hat sich während der Zeit der Kontaktbeschränkungen und der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise insbesondere im Hinblick auf zwei Aspekte gewandelt: Erstens ist es zu Veränderungen beim Arbeitsort gekommen, da viele Betriebe unmittelbar nach Beginn der Kontaktbeschränkungen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Homeoffice geschickt haben beziehungsweise ihnen das Arbeiten im Homeoffice teilweise oder vollständig erlaubt wurde. Eine Rückkehr zum Arbeiten vor Ort erfolgte mit der Rücknahme der Kontaktbeschränkungen, allerdings arbeitet nach wie vor ein Teil der Beschäftigten entweder ausschließlich oder teilweise von zu Hause. Zweitens wird das Instrument der Kurzarbeit in der aktuellen Krise in einem Umfang genutzt, der zuvor in der deutschen Geschichte nicht erreicht wurde. Das betrifft zum einen Beschäftigte, die unmittelbar mit Einsetzen der Kontaktbeschränkungen freigestellt wurden, beispielsweise im Gastgewerbe, und zum anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in jenen Betrieben, die in der Folge von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise betroffen waren.

Zur Darstellung dieser Veränderungen wird die Beschäftigungssituation verwendet, die eine gemeinsame Betrachtung von Arbeitsort und Erwerbsstatus ermöglicht. Entsprechend wird unterteilt nach Arbeiten im üblichen Stundenumfang vor Ort, im üblichen Stundenumfang von zu Hause, Kurzarbeit, Freistellung und arbeitslos

Arbeitslosigkeit. In alle Auswertungen werden immer ausschließlich jene Personen einbezogen, die laut GIP-Erhebung im Januar 2020 entweder abhängig oder selbstständig beschäftigt waren. In Bezug auf Arbeitslosigkeit werden folglich nur die Anteile jener gezeigt, die seit Januar ihren Job verloren haben, nicht der Bestand aller Arbeitslosen in Deutschland. Zur grafischen Darstellung werden sogenannte Alluvial-Plots verwendet, um Übergänge in der Beschäftigungssituation zwischen drei ausgewählten Erhebungswochen zu Beginn (20. bis 26. März), in der Mitte (9. bis 15. Mai) und am Ende (3. bis 9. Juli) der Feldphase zu visualisieren. Für diese Plots werden nur jene Personen selektiert, die an allen drei ausge-

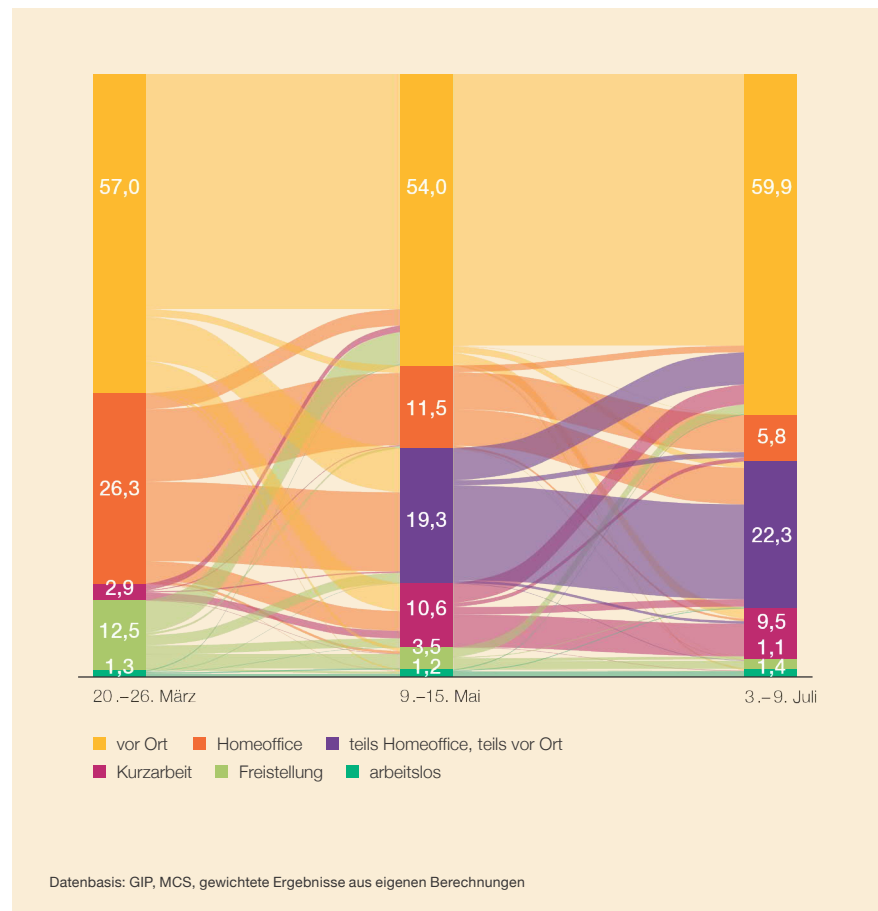
wählten Zeitpunkten an der Befragung teilgenommen haben, damit deren Übergänge im Zeitverlauf darstellbar sind.

14.2.2 Erwerbsstatus und Arbeitsort im Zeitverlauf

Abbildung 1 gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Anteile von Personen in verschiedenen Beschäftigungssituationen. Auch in der ersten Erhebungswoche kurz nach Einsetzen der Kontaktbeschränkungen haben 57 % der Beschäftigten mit ihrer üblichen Stundenzahl weiterhin vor Ort gearbeitet; der Anteil von Beschäftigten im Homeoffice lag bei gut einem Viertel. ▶ Abb 1

Zu Beginn der Befragung wurde das Stichtagskonzept umgesetzt. Das heißt,

▶ Abb 1 Entwicklung der Beschäftigungssituation (20. März bis 9. Juli 2020)



die Befragten wurden gebeten, ihre Beschäftigungssituation und den Arbeitsort am jeweiligen Befragungstag anzugeben. In der achten Befragungswoche hat ein Wechsel zu einem differenzierteren Erhebungsinstrument stattgefunden. Erwerbsstatus und Arbeitsort wurden von da an so erhoben, dass Auswertungen zum tageweisen Wechsel des Arbeitsorts möglich waren. In der Befragungswoche 9. bis 15. Mai gaben entsprechend nur noch 12 % der Beschäftigten an, ausschließlich oder überwiegend von zu Hause zu arbeiten. Bei knapp 20 % lag hingegen ein Wechsel zwischen Arbeit vor Ort und von zu Hause vor.

Zu Beginn der Kontaktbeschränkungen wurde ein hoher Anteil von Beschäftigten zunächst freigestellt, der Anteil von Beschäftigten in Kurzarbeit war hingegen noch sehr gering. Im weiteren Verlauf ist der Anteil von Freistellungen stark gesunken und der Anteil von Kurzarbeit spiegelbildlich gestiegen. Einige der zunächst freigestellten Personen kehrten rasch wieder zur Arbeit vor Ort zurück, ein kleinerer Teil ging in Kurzarbeit über. Die stärksten Zugänge in Kurzarbeit erfolgten im Zeitverlauf di-

rekt aus Beschäftigung, nicht aus Freistellung, und waren somit eher eine Reaktion auf den einsetzenden Wirtschaftsabschwung als unmittelbar auf die Kontaktbeschränkungen.

Diese aggregierten Trends könnten jedoch soziale Ungleichheiten verdecken, da die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie nicht alle Beschäftigten gleichermaßen treffen. Wenn negative Auswirkungen entlang bereits bestehender Ungleichheitsmuster verteilt sind, verstärken sie soziale Ungleichheit am Arbeitsmarkt. Im Folgenden wird daher untersucht, wie sich die Beschäftigungssituation während der Phase der Kontaktbeschränkungen im Geschlechtervergleich sowie nach Bildungsstatus und Verdienst verändert hat.

14.2.3 Unterschiede nach Geschlecht

Um Ungleichheit in der Nutzung von Homeoffice beurteilen zu können, wird die Situation während des Corona-Lockdowns mit Informationen aus der GIP-Befragung im Januar 2020 verglichen. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten rund 23 % der männlichen, aber nur etwa 16 % der

weiblichen Beschäftigten zumindest gelegentlich von zu Hause aus. Auch bei den Gründen für die Nichtnutzung von Homeoffice gibt es Geschlechterunterschiede. So konnte eine andere Studie auf Basis der Daten des Linked Personnel Panel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass der Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, denen trotz technischer Umsetzbarkeit nicht erlaubt wurde, von zu Hause zu arbeiten, 2014/2015 unter Frauen mit 22 % doppelt so hoch war wie unter Männern.

Insbesondere in den ersten Wochen der Kontaktbeschränkungen im Zuge der Coronakrise zeigten sich dagegen kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Nutzung von Homeoffice. Der Anteil lag bei Männern im Durchschnitt von März und April gut 5 Prozentpunkte höher als bei Frauen. Im Juli fiel der Anteil der Beschäftigten, die ausschließlich oder überwiegend im Homeoffice arbeiteten, bei Männern und Frauen mit etwa 6 % ähnlich niedrig aus. Auffällig ist, dass etwa zwei Drittel der Frauen im Juli wieder ausschließlich vor Ort arbeiteten. Bei den Männern war das nur bei



etwas mehr als der Hälfte (55 %) der Fall. Sie praktizierten dafür häufiger einen Wechsel zwischen Homeoffice und Arbeit vor Ort. Somit kehrten Frauen – trotz der anfänglich ähnlichen Anteile im Homeoffice – schneller und umfassender wieder zur Arbeit vor Ort zurück als Männer. ► Abb 2

Da in den ersten Wochen der Kontaktbeschränkungen kaum Unterschiede in der Nutzung von Homeoffice zwischen Männern und Frauen zu beobachten waren, kann vermutet werden, dass vor der Pandemie auch kulturelle Faktoren, wie die Einstellungen der Arbeitgeber und Vorgesetzten, einer stärkeren Nutzung von Homeoffice unter Arbeitnehmerinnen im Weg standen. Sollten Betriebe und Vorgesetzte nun positive Erfahrungen mit Homeoffice machen und dies zukünftig mehr Mitarbeiterinnen ermöglichen, so könnte die Corona-Situation in diesem Punkt möglicherweise zu einer

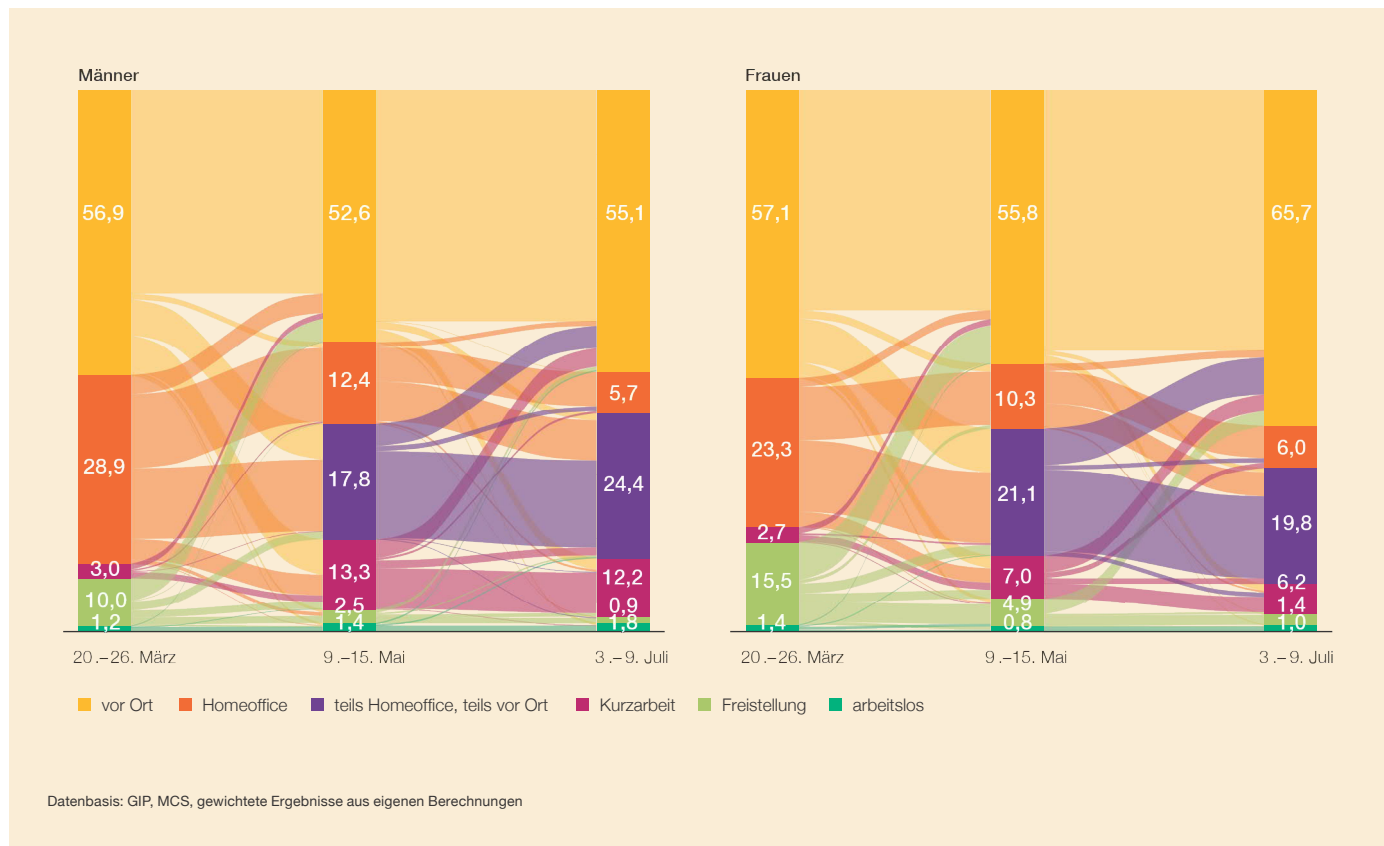
Verringerung der Geschlechterunterschiede beitragen. Die Tatsache, dass weibliche Beschäftigte bereits in der Zeit bis Anfang Juli schneller und umfassender wieder zur Arbeit vor Ort zurückgekehrt sind, ist jedoch eher als Zeichen für eine Rückkehr zu den vormaligen Ungleichheiten zu interpretieren.

Die bislang vorliegenden Studien zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die Beschäftigungsstruktur und -entwicklung deuten darauf hin, dass dieses Mal Frauen von den negativen Krisenfolgen stärker betroffen sind als in früheren Wirtschaftskrisen. Während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurde Kurzarbeit in Deutschland insbesondere in männlich dominierten Industriesektoren zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit genutzt. Die Erwerbsquoten von Frauen in Teilzeitarbeit und Minijobs sind damals hingegen gestiegen. Auch

für die aktuelle Situation liefert die Forschung Hinweise darauf, dass die Verbreitung von Kurzarbeit unter Frauen niedriger ist als unter Männern. Mit den Daten der Mannheimer Corona-Studie können Unterschiede in der Betroffenheit von Kurzarbeit zwischen den Geschlechtern in der zeitlichen Abfolge genauer beleuchtet werden.

Abbildung 3 bezieht sich nur auf jene Personen, die im Analysezeitraum zu mindestens einem Zeitpunkt in Kurzarbeit waren – das trifft auf rund 15 % der Frauen und knapp 24 % der Männer zu – und zeigt deren Beschäftigungsstatus in der ersten, der mittleren und der letzten Befragungswoche. Von Kurzarbeit betroffene Frauen waren häufiger als Männer sehr rasch nach Inkrafttreten der Kontaktbeschränkungen in Kurzarbeit gewechselt. In der Folgezeit sind jedoch mehr Kurzarbeiterinnen schnell wieder

► Abb 2 Entwicklung der Beschäftigungssituation nach Geschlecht (20. März bis 9. Juli 2020)



zu ihrer regulären Stundenzahl zurückgekehrt, wohingegen sich der Anteil der männlichen Kurzarbeiter später, aber dann stärker erhöht hat. So war Anfang Juli die Hälfte der von Kurzarbeit betroffenen Frauen schon wieder regulär beschäftigt; bei den von Kurzarbeit betroffenen Männern war es nur gut ein Drittel. ▶ Abb 3

Somit ist für Deutschland festzustellen, dass Frauen im bisherigen Verlauf der Coronakrise stärker von Kurzarbeit betroffen waren als in der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise, jedoch eher kurzfristige Phasen der Kurzarbeit aufwiesen. Frauen arbeiten eher in jenen Branchen, die unmittelbar und sehr stark von den Kontaktbeschränkungen betroffen waren, beispielsweise Gastronomie, Kultur und Tourismus. Mit der Rücknahme der Beschränkungen ging auch die Kurzarbeit in diesen Branchen zurück. Jedoch zeigen die kurzfristigen Änderun-

gen, dass die Situation fragil bleibt. Daher kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beurteilt werden, ob es im weiteren Verlauf der Pandemie zu einer Verstärkung der Geschlechterungleichheit zuungunsten von Arbeitnehmerinnen kommt.

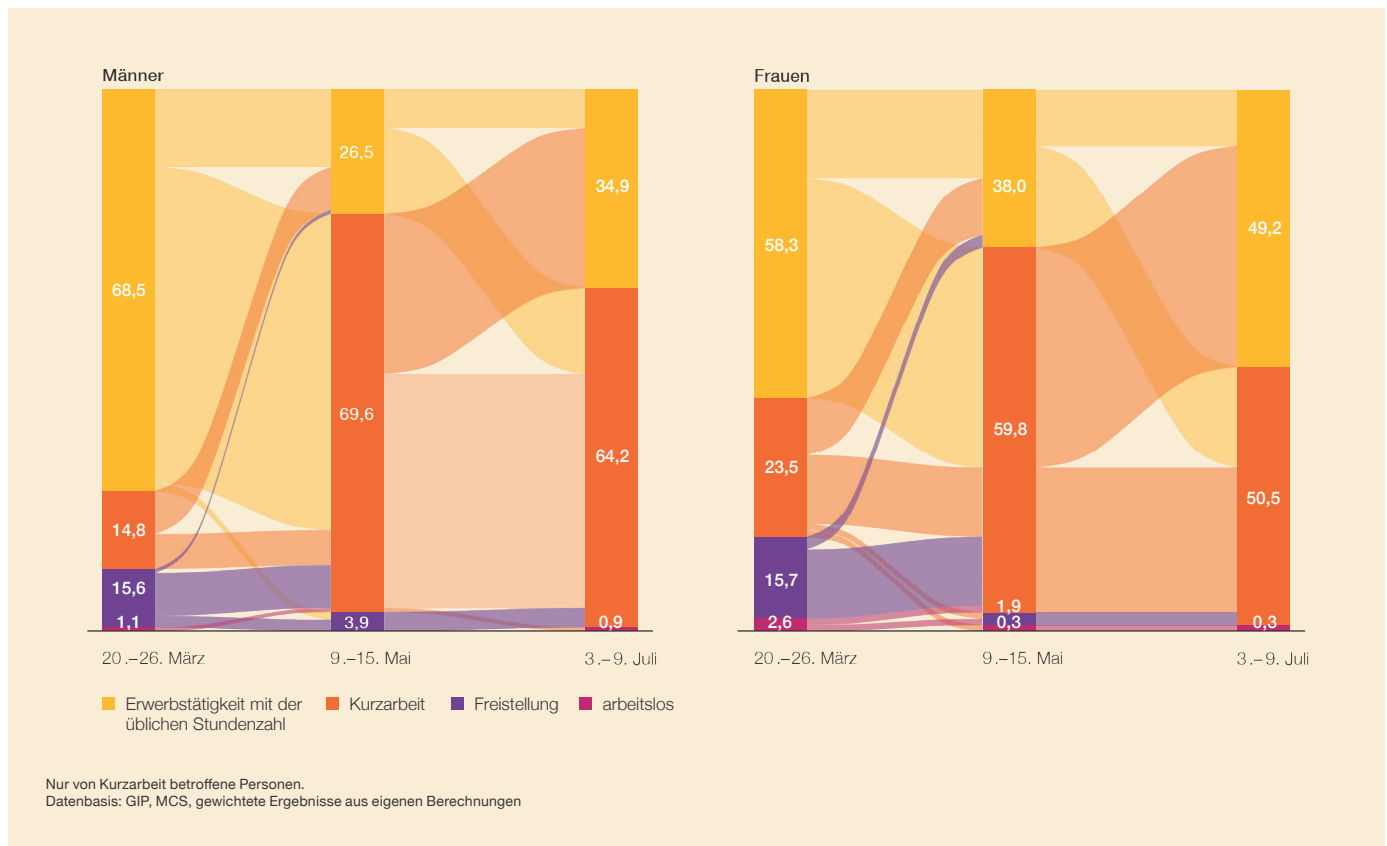
14.2.4 Unterschiede zwischen Bildungs- und Einkommensgruppen

Bildung und Einkommen gehören zu den wichtigsten Dimensionen der sozialen Ungleichheit. Es stellt sich somit die Frage, ob die Coronakrise die bestehende soziale Ungleichheit am Arbeitsmarkt verstärkt und untere Bildungs- und Einkommensgruppen von den negativen wirtschaftlichen Folgen besonders betroffen sind (siehe auch Kapitel 14.4, Seite 490). Abbildung 4 zeigt die Beschäftigungssituation unterteilt nach dem höchsten Schulabschluss. Dabei wird zwischen niedriger

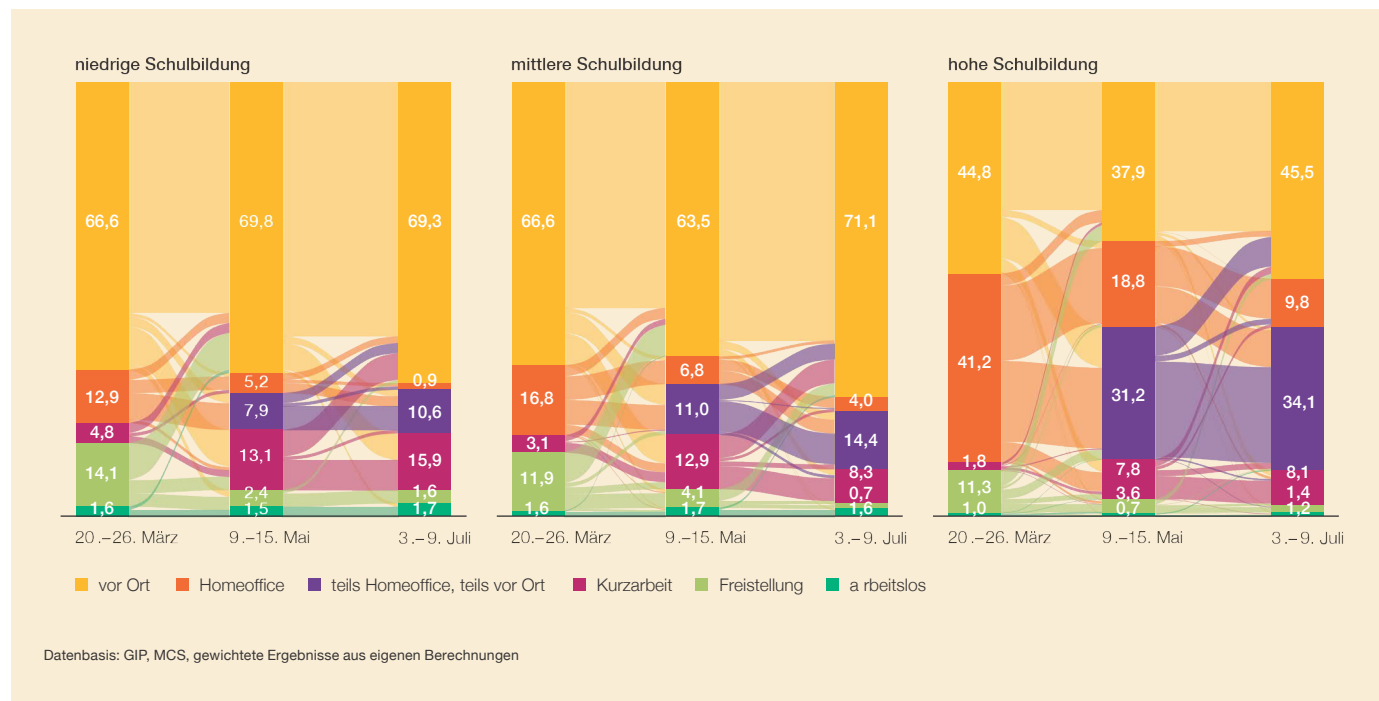
(ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss), mittlerer (Mittlere Reife) und hoher (Fach-/Hochschulreife) Schulbildung unterschieden. Abbildung 5 zeigt das persönliche Nettoeinkommen vor Beginn der Coronapandemie. Auch hier werden drei Gruppen differenziert: Personen mit niedrigem Einkommen von weniger als 1 000 Euro, Personen mit mittlerem Einkommen zwischen 1 000 und 2 500 Euro sowie Personen mit einem hohen Einkommen von mehr als 2 500 Euro. ▶ Abb 4, Abb 5

Die Gruppe der freigestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist äußerst heterogen. Zum einen wurden in der Zeit des Corona-Lockdowns insbesondere Personen im Bildungsbereich, wie verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer, mit fortlaufenden Bezügen freigestellt. Zum anderen betrafen die Freistellungen auch Personen, die als Minijobber beispiels-

▶ Abb 3 Übergänge in und aus der Kurzarbeit nach Geschlecht (20. März bis 9. Juli 2020)



► Abb 4 Entwicklung der Beschäftigungssituation nach Schulabschluss (20. März bis 9. Juli 2020)



weise im Gast- und Reinigungsgewerbe beschäftigt sind. Für diese Personengruppe bestand während der Freistellung oftmals keine Lohnfortzahlung und aufgrund der fehlenden Sozialversicherung keine Möglichkeit, Kurzarbeitergeld zu empfangen. Zu Beginn der Erhebungszeit Ende März 2020 waren in allen Bildungsgruppen deutlich mehr Beschäftigte von der Arbeit freigestellt als in Kurzarbeit (siehe Abbildung 4). Für Letztere liegen die Anteile in allen Bildungsgruppen bei unter 5 % der Beschäftigten. Im Zeitverlauf fand dann eine Verschiebung hin zur Kurzarbeit statt. In der unteren Bildungsgruppe stieg der Anteil von Beschäftigten in Kurzarbeit im Zeitverlauf stetig an, wohingegen in der mittleren Bildungsgruppe der höchste Wert Mitte Mai erreicht wurde und Anfang Juli schon wieder gesunken war. Dieses Muster zeigt sich in der Tendenz ebenso für die Differenzierung nach Einkommensgruppen (siehe Abbildung 5). Hier fällt besonders auf, dass die Prävalenz von Kurzarbeit in der unteren Einkommensgruppe geringer

war als in der mittleren Einkommensgruppe. In der ersten Phase der Kontaktbeschränkungen war in der unteren Einkommensgruppe fast ein Viertel freigestellt, darunter befanden sich gut 7 % Freistellungen ohne Lohnfortzahlung.

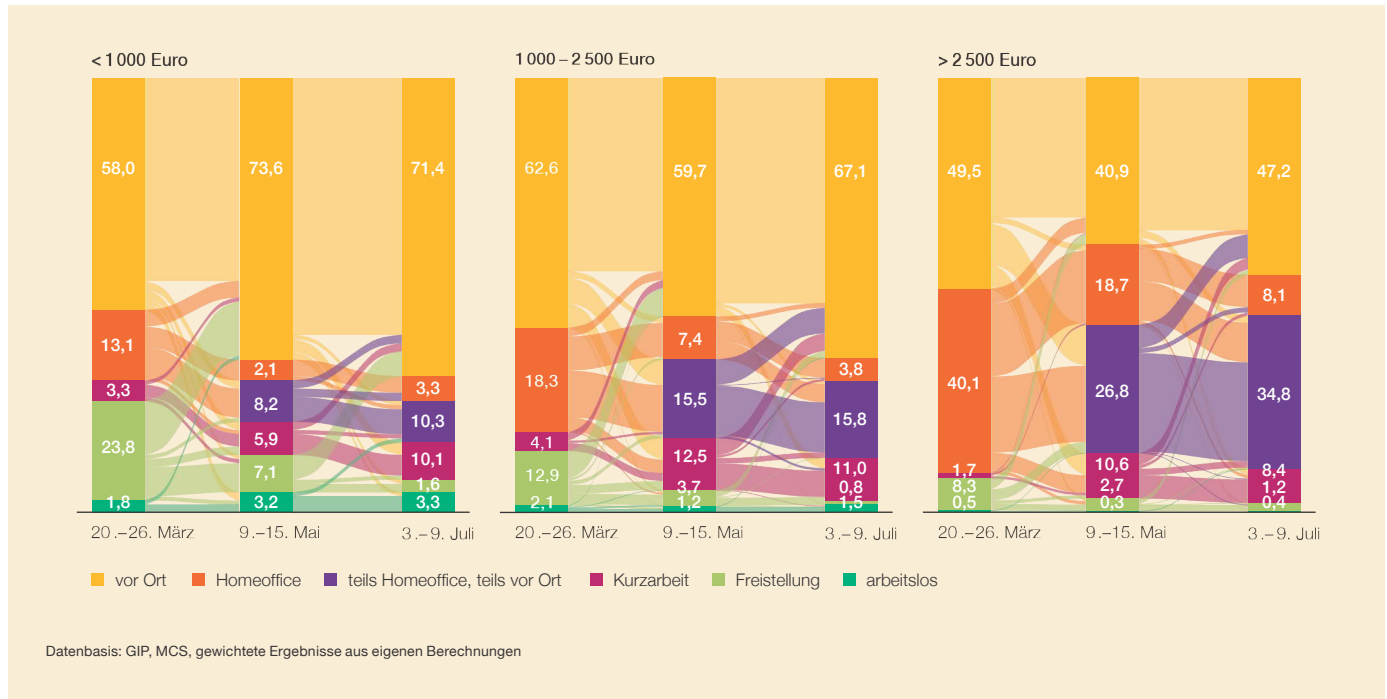
Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit variiert ebenfalls stark nach Bildungs- und Einkommensgruppen. In der unteren Einkommensgruppe lag der Anteil von Personen, die im Erhebungszeitraum arbeitslos wurden, weitaus höher als in den anderen Gruppen. Während in der oberen Einkommensgruppe Übergänge in die Arbeitslosigkeit praktisch keine Rolle spielten und in der mittleren Einkommensgruppe nur gut 1 % im Verlauf arbeitslos wurde, betraf Arbeitslosigkeit gut 3 % der Personen in der unteren Einkommensgruppe.

Ebenso wie die Betroffenheit von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wies auch der Arbeitsort klare Unterschiede nach Bildungsstatus und Verdienst auf (siehe auch Kapitel 14.3.1, Seite 484, und Kapitel 14.4.2, Seite 493). In der unteren und mittleren

Einkommensgruppe arbeiteten Ende März 2020 nur 13 beziehungsweise 18 % von zu Hause, in der oberen Einkommensgruppe waren es über 40 %. Diese Unterschiede blieben im Verlauf bis Anfang Juli stabil. In der oberen Bildungsgruppe arbeiteten auch zuletzt noch 10 % ausschließlich oder überwiegend von zu Hause; mehr als ein Drittel wechselte zwischen Homeoffice und der Arbeit vor Ort. Unter Personen mit niedrigem Schulabschluss traf das auf nur etwa 1 beziehungsweise 11 % zu. Unter Personen mit mittlerem Schulabschluss waren die jeweiligen Anteile nur etwa halb so hoch wie in der oberen Bildungsgruppe.

Insgesamt zeigt sich, dass Bildungsunterschiede vor allem im Hinblick auf unterschiedliche Arbeitsorte – vor Ort, zu Hause oder im Wechsel – zutage treten, wohingegen bei der Betroffenheit von Freistellungen und Arbeitslosigkeit stärkere Unterschiede nach Verdienstgruppen zu erkennen sind. Arbeit von zu Hause stellt sich dabei als Privileg der oberen Bildungsgruppen dar. Freistellungen und

► Abb 5 Entwicklung der Beschäftigungssituation nach persönlichem Nettoeinkommen (20. März bis 9. Juli 2020)



Arbeitslosigkeit treffen insbesondere Personen, die bereits vor Einsetzen der Pandemie einen niedrigen Verdienst hatten. Von Kurzarbeit ist die untere Bildungsgruppe am stärksten betroffen. In der unteren Einkommensgruppe ist Kurzarbeit hingegen weniger verbreitet als in der mittleren. Hier zeigt sich, dass der Zugang zum Kurzarbeitergeld nur für Personen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und nicht für Minijobber mit geringem Verdienst möglich ist.

14.2.5 Fazit zur ersten Phase der Coronapandemie

Die ersten 16 Wochen der Mannheimer Corona-Studie haben eine Vielzahl von Erkenntnissen zu den gesellschaftlichen Implikationen der Coronakrise in Deutschland zutage gefördert. In diesem Kapitel wurde erörtert, wie sich die Arbeitssituation der Beschäftigten in Deutschland im Verlauf der ersten Monate der Coronakrise entwickelt hat. Die Analysen legen dar, dass sich bestehende

Muster der sozialen Ungleichheit am deutschen Arbeitsmarkt auch in den Auswirkungen der aktuellen Krise widerspiegeln. So zeigt sich in Bezug auf den Arbeitsort, dass das Arbeiten von zu Hause klar ein Privileg der oberen Bildungsgruppen ist. Die anfänglich stärkere Geschlechteregalität beim Zugang zum Homeoffice hat sich im Verlauf des Erhebungszeitraums wieder in Richtung der vormaligen Ungleichheit entwickelt. Kurzarbeit spielt in der aktuellen Krise eine große Rolle. Die Analysen zeigen, dass insbesondere unter Beschäftigten mit mittlerem Einkommen eine höhere Verbreitung von Kurzarbeit vorliegt, wohingegen Personen mit geringem Verdienst eher von Freistellungen und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Frauen sind in der aktuellen Krise stärker von Kurzarbeit betroffen als in der letzten Wirtschaftskrise, jedoch ist Kurzarbeit bei ihnen im Vergleich zu Männern weniger dauerhaft.

So wichtig die Ergebnisse der Mannheimer Corona-Studie in den ersten Wochen und Monaten für Entscheidungssträ-

gerinnen und -träger in Politik und Wirtschaft waren, für die an der Studie beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begann mit dem Ende der ersten Phase der Studie erst die wirkliche Forschungsarbeit. In der Folgezeit werden diese Ergebnisse in Bezug zu zeitlichen und räumlichen Daten zum Infektionsgeschehen gestellt und es werden weitergehende Veränderungen der Gesellschaft im Zuge und als Folge der Pandemie untersucht, auch im Hinblick auf Kausalzusammenhänge. Die ersten wissenschaftlichen Beiträge zu weiteren Themen, wie subjektivem Wohlbefinden, Gesundheitsverhalten und psychischer Gesundheit, demokratischer Kontrolle und Hürden für die Corona-Warn-App, sind bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen. Auf der Webseite der Mannheimer Corona-Studie (www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie) können sich Interessierte aus Wissenschaft und Öffentlichkeit auch zukünftig über neue Erkenntnisse und Veröffentlichungen informieren.